

Schule ohne Bundeswehr Göttingen

Web: sobgoe.noblogs.org

Mail: sobgoe@riseup.net

Tel.: 0551-46258

Kontakt: Eckart Stedeler

Pressemitteilung

Keine Bundeswehr an Schulen! - Aufruf zur Osterkundgebung

Als Initiative „*Schule ohne Bundeswehr Göttingen*“ schließen wir uns dem Aufruf zur Kundgebung am Ostersonntag 2019 in Göttingen (ab 11:00 Uhr am Nabel; siehe GT-Bericht vom 12.4.19) an. Gemeinsam mit anderen Göttinger Initiativen wenden wir uns u.a. gegen jegliches Auftreten der Bundeswehr an Schulen (vgl. Göttinger Aufruf, 2011, sobgoe.noblogs.org/aufruf/). Wir kritisieren die Positionen lokaler SPD-Politiker*innen, die das Werben der Bundeswehr an Schulen verharmlosen und unterstützen.

Die Bundeswehr wirbt massiv an Schulen und gezielt bei Minderjährigen. In der Schule werden Unterrichtsstunden komplett durch die Jugendoffiziere der Bundeswehr gestaltet, Lehrer*innen werden im Sinne der Bundeswehr fortgebildet, geworben wird mit multimedialen Trucks auf Schulhöfen und Werbeständen auf Messen zur Berufsorientierung Jugendlicher wie dem alljährlich stattfindenden GöBit in der Göttinger Lokhalle. Offiziere laden Klassen zum „Tag der offenen Tür“ oder zur Studienfahrt in die Kaserne ein. Sogar Waffenschauen und Schießsimulationen führt die Bundeswehr mit jungen Schülerinnen und Schülern durch.

Seit Abschaffung der Wehrpflicht 2011 hat die Bundeswehr 11.733 Minderjährige – also Jugendliche unter 18 – rekrutiert und an der Waffe ausgebildet. Der *Evangelische Pressedienst* schreibt am 12.2.2019: „Jeder zwölfte Rekrut in der Truppe ist minderjährig“. Mehrfach wurde die Bundesregierung für diese Praxis von den Vereinten Nationen angemahnt. Nach Ansicht der drei Organisationen *UNICEF* – dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen – sowie der Menschenrechts-Organisationen *Amnesty International* und *Terre des Hommes* macht sich die Bundesregierung des Vergehens schuldig, Kindersoldaten zu rekrutieren.

Jugendoffiziere im Unterricht – Kritik an der SPD-Position

(*Göttinger Tageblatt* vom 4.4.2019)

Vor drei Wochen titelte das GT: „*Schulen wollen weiterhin Soldaten einladen*“. In einem längeren Bericht nehmen u. a. der SPD-Stadtverbandsvorsitzende Christoph Lehmann und der Vorsitzende des Göttinger SPD-Unterbezirkes, Thomas Oppermann, Stellung zu einem Beschluss der Berliner SPD, „militärische Organisationen“ aus den Schulen Berlins herauszuhalten.

Beide Politiker sind der Meinung, der Einsatz der sog. „Jugendoffiziere“ der Bundeswehr im Unterricht sei neutrale politische Bildung über das Thema

Sicherheitspolitik und müsse von der reinen Werbung und Rekrutierung durch sog. „Karriereberater“ getrennt gesehen werden.

Diese Sichtweise ist undifferenziert. Denn: Jugendoffiziere sind *keine neutralen* Beobachter der deutschen Außenpolitik und damit nicht Bestandteil der politischen Bildung. Laut dem *Handbuch für Jugendoffiziere* müssen sie sich immer an die politischen Grundsätze des Verteidigungsministeriums halten. Jugendoffiziere präsentieren sich gerne als ExpertInnen der Sicherheitspolitik, können „Konfliktlösung“ jenseits des Militärs aber kaum darstellen. Das widerspricht den pädagogischen Leitbildern der Länderschulgesetze, wie das z.B. in § 2 des *Niedersächsischen Schulgesetzes* zum Ausdruck kommt: „*Schülerinnen und Schüler sollen fähig werden, den Gedanken der Völkerverständigung, ... zu erfassen*“ und weiter „*Konflikte vernunftgemäß lösen ...*“.

Auch wenn es Jugendoffizieren untersagt ist, direkte Werbung für den sog „Beruf des Soldaten“ zu machen, so geschieht dies – vor allem bei minderjährigen Schüler*innen – indirekt und planvoll durch u.a. ihr in Kommunikation geschultes, professionelles und versucht smartes Auftreten in Uniform. Im *Handbuch für Jugendoffiziere* heißt es: „Wenn nichts vom dem Thema in Erinnerung bleibt, so muss auf jeden Fall ein positiver Eindruck des Jugendoffizieres als Vertreter der Bundeswehr entstehen.“

Lehrer*innen müssen dazu beitragen, dass die ihnen anvertrauten Jugendlichen gut informiert und verantwortungsvoll Entscheidungen für ihre eigene Zukunft treffen können und nicht Opfer von Werbekampagnen durch Bundeswehr-Profis werden. Einer Werbekampagne, die in einem tödlichen Abenteuer enden oder das eigene Leben durch z.B. PTBS stark belasten kann.

16.04.2019

Schule ohne Bundeswehr Göttingen